

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 30 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Verstellung
bei allen Postämtern.
Mittelsender kostenlos

Berlin, 29. Juli 1927

Die Katastrophe von Wien.

Die Gegensätze verschärfen sich mehr und mehr in den Bevölkerungsschichten. Offenbar haben in Österreich wie in Italien und Deutschland die bestehenden Klassen die Gewisheit, daß der Wächterapparat des Staates — Kapital, Polizei und Heer im Bunde mit der Bureaucratie — sich wieder völlig in ihrem Besitz befindet. Die unausgesetzten Terroraktionen — Ermordung von Arbeitern und Freisprüche der Mörder — bringen das zweifelsfrei zum Ausdruck. In Wien hat der Freispruch der Mörder den Unwillen der Arbeiter dermaßen erregt, daß es spontan ausbrechenden Streiks und Demonstrationen gekommen ist. Wie bisher bekannt wurde, sind bereits über 150 Todesopfer zu beklagen, zu welchen wahrscheinlich noch weitere kommen werden.

In den Tageszeitungen wurden über die Vorgänge in Wien die widersprechendsten Berichte gebracht, je nach ihrer politischen Einstellung. Es ist kaum möglich, aus dem „Total-Anzeiger“, der „Neue Wache“ oder dem „Vorwärts“ ein klares Bild zu gewinnen oder gar sich ein Urteil zu bilden über die eigentlichen Urheber der tragischen Vorgänge.

Man hat uns bisher die österreichischen Polizei- und Heeresmannschaften immer als Sympathisierende mit der Arbeiterchaft bezeichnet, und nun erleben wir das traurige Schauspiel, daß diese Polizei in die Menschenmassen hineinschießt.

Die Menge hat leider Handlungen begangen, die nicht zu billigen sind, wenn sie auch begreiflich erscheinen. Die Zerstörung des Justizpalastes bringt der Arbeiterchaft keinen Nutzen und kann nur als ein Akt der Rache gegen das Schwurgerichtsurteil betrachtet werden, durch welches die Mörder freigesprochen wurden.

Die Sozialdemokratische Partei hatte als Proponent einen Generalfreier für einen Tag angelehrt, der immerhin den Beweis erbracht hat, daß die Volksmassen auf die Parolen der Partei hören. Allerdings scheint dies nicht ganz reibungslos gegangen zu sein, denn am Sonntag, dem 17. Juli, wurde den Klassen, den Verkehrsstreit fortzusetzen, da die Erhaltung der Massen dies stürmisch forderte.

Im „Vorwärts“ vom 20. Juli stellt Friedrich Stampfer Betrachtungen an über die Wiener Vorgänge. Er schreibt da unter anderem: „Die Wiener Massen sind keine Putschisten, sondern Sozialdemokraten. Sie erstreben die politische Macht mit friedlichen Mitteln der Demokratie, nicht mit den Mitteln der blutigen Gewalt. Sie sind klug genug, um zu wissen, daß man noch lange nicht die wirkliche politische Macht besitzt, wenn man sich nach einer blutigen Straßenschlacht an die Schreibtische der Minister setzt. Wirkliche politische Macht besitzt man erst, wenn man sich auf das unerschütterte Vertrauen einer starken Volksmehrheit stützt und keine Eingriffe von außen zu fürchten braucht.“

Am 21. Juli bringt jedoch der „Vorwärts“ einen eingehenden Bericht über die Art und Weise, wie die berittene Polizei zuerst in brutaler Weise gegen die Demonstranten vorgegangen ist. Viel Schuld scheint den Polizeipräsidenten Schöber zu treffen, welcher die Bewaffnung der Polizei mit Infanteriewehren mit Hilfe des Bizekanzlers Hartleb veranlaßt hat und dadurch auch den Massenmord. Nach den vorliegenden Berichten sind außer den 150 Toten mehr als 1000 Menschen mehr oder weniger schwer verwundet.

Der Bürgermeister Seitz ist erkrankt, hat aber eine schriftliche Erklärung verbreiten lassen, in welcher u. a. gesagt wird: „Es sei gleich richtig, die Ursache in einem vom Ausland vorbereiteten, von Bolschewisten angeführten Komplott, wie in einem verbrecherischen Ueberfall der Koalition zu suchen.“ In Österreich habe weder der Bolschewismus noch der Faschismus bisher Fuß fassen können.“

Diese letztere Annahme scheint denn doch falsch zu sein. Denn die Ursache des blutigen Freitags war das Fehlurteil von Sattendorf, erzeugt aus der politischen Einstellung der Richter und Geschwore-

nen, die das freisprechende Urteil gefällt haben. Und das blutige Gemetzel unter unbewaffneten Menschen kann ebenfalls nur von fanatischen Faschisten veranlaßt worden sein. Ueberdies weist die Berichtserstattung über den Aufmarsch der Heimwehren in Kärnten und Steiermark mit Hunderten von Maschinengewehren auch ein grelles Schlaglicht auf die Selbsttäuschung, daß in Österreich der Faschismus nicht habe Fuß fassen können. Auch wird berichtet, daß die Wiener Polizei sehr stark mit solchen Elementen durchsetzt sei. Daraus erklärt sich das brutale Vorgehen dieser Polizisten, die auf wehrlose Menschen schießen, ohne daß sie vorher angegriffen wurden und ohne daß sie vorher die Menschen aufgefordert haben, den Platz zu räumen.

Alles das legt doch den Gedanken nahe, daß faschistische Elemente die Gelegenheit benutzt haben, um das fürchterliche Blutbad anzurichten.

Man muß sich das einprägen: „Die Polizei hat geschossen, ohne angegriffen zu sein.“

Diese Tatsache beweist hinreichend, daß die herrschenden Klassen jede Gelegenheit zu benutzen wissen, um unter den Volksmassen ein Blutbad anzurichten. Soll und kann man aber daraus folgern, daß die arbeitenden Klassen zu denselben Mitteln greifen müssen?

Den Fall sehen, die Volksmassen wären im Besitz von hinreichenden Waffen, um der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen zu können — bisher hat sich immer gezeigt, daß die militärisch gedrückte Truppe den zusammengekauften Volkshäufen in jeder Hinsicht überlegen war — so würde die Folge sein: ein entsetzliches Morden. Und gleichviel, wer am Ende Sieger bleibt, die Folgen würden nur sein können, weiterer blutiger Terror der Sieger zur Unterdrückung der Besiegten. Damit würde nur die Voraussetzung geschaffen, diesen Terror gelegentlich, das heißt so bald als möglich, wieder abzuhäuteln. Wäre das aber ein Zustand, der befriedigen kann? — Grausamkeit erzeugt nur Haß!

Da scheint uns doch beachtlicher, was Friedrich Stampfer in dem bereits erwähnten „Vorwärts“-artikel vom 20. Juli weiter wie folgt ausführte:

„Die wirkliche soziale Revolution vollzieht sich im geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse, in ihrer organisatorischen Erfassung, ihrer wachsenden Fähigkeit, politische Macht im Interesse der Gesamtheit auszuüben. Sie vollzieht sich in einer Verschlebung der Machtverhältnisse zwischen den Klassen, in dem wachsenden Einfluß der Arbeitnehmer auf das Arbeitsverhältnis, in den praktischen Leistungen, die die Arbeiter dort vollbringen, wo sie an der Macht sind, in den Leistungen dafür, daß sozialistische Gemeinwirtschaft der kapitalistischen Privatwirtschaft überlegen ist.“

Es läßt sich nicht bestreiten, daß solche spontan entstehenden Ausbrüche des Jornes oder Fehlurteile nichts Revolutionäres, Fortschrittliches bringen können. Und es war wohl das richtige, daß die sozialdemokratischen Führer weiteres Blutvergießen zu verhindern suchten. Dem zerstörten Justizpalast wären weitere Zerstörungen gefolgt, und das Ende wäre zweifellos gewesen, daß die österreichischen Arbeiterorganisationen gerüttelt und ausgeleert aus der Affäre hervorgekommen wären.

Wir wollen damit durchaus nicht verkennen, daß Situationen eintreten können, wo man mit fester Hand das Ruder des Staatsschiffes ergreifen muß. Das ist aber nur denkbar und möglich, wo die Wirtschaft und die politische Konstellation eine Reise verlangt haben, die eine stehende Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung gewährleistet. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung muß von der Notwendigkeit einer Neuordnung der Dinge überzeugt sein und dieselbe unterstützen. Das trifft namentlich auf jene Kreise, die sich noch im Besitz der wirtschaftlichen Machtmittel befinden. Eine Bevölkerung, die von hoch entwickelter industrieller

Tätigkeit lebt, muß auch anders beurteilt werden als eine solche, die von landwirtschaftlicher Tätigkeit lebt und geistig zurückgeblieben ist.

Daß es in Wien zu solch blutigem Freitag kommen konnte, der fast als eine Nachahmung des bekannten schwarzen Freitags in Petersburg unter der zaristischen Regierung annimmt, läßt die Vermutung zu, daß in Österreich Kräfte im Verborgenen wirken, denen man wohl nicht genügend Beachtung geschenkt hat. Die Dinge spizen sich immer mehr zu, je mehr die Bourgeoisie den Zeitpunkt herannahen sieht, der zur Entscheidung führen muß.

Man kann solche Gewaltakte nur als letzte, frampfhaftige Zuckungen der um ihre Vorherrschaft kämpfenden Klassen werten. Sie fühlen sehr wohl den Ansturm der aufwärtsstrebenden Volksmassen und wissen zunächst nichts Besseres dagegen zu tun, als den Polizeifädel aufzubieten.

Wir aber wissen, daß die Ideen und Ziele des Sozialismus dadurch nicht ausgetrotzt und unterdrückt werden können. Er wird sich durchsetzen trotz aller Hindernisse.

Aus der Praxis der Arbeitsnachweise.

Um das Mißtrauen der Arbeiter gegen den kommunalen Arbeitsnachweis zu beseitigen, müssen wir diese Frage einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Was sind die Gründe? Wie können wir als Gewerkschaftler Nutzen für die Arbeitslosen aus dem nun schon seit 1. Oktober 1922 bestehenden Arbeitsnachweisgesetz ziehen? Es darf von vornherein nicht verkannt werden, daß bei einem großen Teil, vornehmlich städtischen öffentlichen Arbeitsnachweisen, ein bürokratischer Geist und eine arbeitereindliche Tendenz vorhanden ist, wo auf die Interessen der Arbeiterchaft wenig Rücksicht genommen wird. Dazu kommt, daß sich Leute, Doktoren, Professoren, Rechtsanwältinnen und Sanitäler, die sich auf Grund der Verhältnisse nicht anderweitig beschäftigen können, auf das Gebiet Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge geworfen haben, ihre Anschauungen nimmend nach kapitalistischen Grundbegriffen zur Geltung bringen. Das jetzt bestehende Wirtschaftssystem, das nach dem Grundgesetz der Ungebundenheit auf diesem Gebiete arbeiten will, steht einer geordneten Arbeitsvermittlung zunächst immer noch feindselig gegenüber. Trotzdem ist es zu begrüßen, daß mit dem Gesetz eine alte sozialpolitische Forderung erfüllt wurde, das, wenn auch nur ein Kompromißgesetz, immerhin die Möglichkeit in sich birgt, unter Mitwirkung der Arbeiterchaft seine gemeinnützigen Aufgaben zu lösen. Die Zeiten sind vorbei, wo Sprechmeister der Annungen oder Herbergswärter den Arbeitsnachweis als Kompromittel gegen die organisierte Arbeiterchaft benutzen konnten. Der Arbeiter ist Kontrahent und hat die Pflicht, sich laufend mit dem Problem Arbeitslosigkeit zu befassen und nicht erst dann, wie es so oft geschieht, wenn diese Frage an den einzelnen herantritt.

Die Zusammenlegung der Arbeitslosen an Arbeitsstellen ist sehr verschieden. Die Arbeitslosen sind nicht Angehörige einer bestimmten Anschauung, hier ist der Treffpunkt aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen. Neben dem organisierten Arbeiter steht der unorganisierte und in der jetzigen Krise der kleine Unternehmer, der durch die Ungunst der Verhältnisse nach Arbeit sucht. Neben dem fachlich ausgebildeten Arbeiter steht innerhalb der Berufsgruppen der ungelernete, je nach der Mechanisierung des einzelnen Berufes, alle Arbeit erwartend mit all ihren besonderen Wünschen und Forderungen, je schnell wie möglich unterzukommen, ohne Rücksicht auf seinen miteingetragenen Arbeitsvorder. Auf der anderen Seite der Arbeiter fordernde Unternehmer mit seinen Wünschen der verschiedensten Art.

In Berücksichtigung all dieser Fragen soll nun der Vermittler seine Tätigkeit unter ganz besonderer Beobachtung des Arbeitsmarktes ausüben, allen Wünschen arbeitserleits und unternehmerleits Rechnung tragend, seine ihm unterstehende Abteilung leiten und dieselbe zu einem besonderen Stützpunkt des Gewerbes machen.

Ohne den Einfluß der Gewerkschaften, ohne tarifliche Bindungen wäre dies nicht möglich, und ein Beispiel vom 27. November 1909, was ganz generell auf Deutschland angewendet werden kann, zeigt nach den Veröffentlichungen des christlichen „Bergruppens“ allerlei Dinge, wie dagegen die Arbeitsnachweise der Industriellen in Wammheim-Badwiggshafen geübt wurden.

Auf dem Arbeitsnachweis werden die Arbeiter auf das eingehendste an mehreren Schaltern geprüft. In den Listen des Arbeitsnachweises ist die Zeichensprache üblich. Durch Zeichen wurde alles mögliche angedeutet. Für die Arbeiter ist ein schwarzes Buch angelegt. Das Zeichen „A. R.“ be-

deutet „zu Reinem“, und ein mit diesem Zeichen versehener Arbeiter darf bei keinem eingestellt werden. Verschiedene Formen der Stempel auf der Arbeit zeigen der Nachweiskasse, was mit den Beuten gefahren soll. Der „Bergtrappe“ folgt verschiedene Kennzeichnungen misstüchtiger Arbeiter hinzu. Sie lauten u. a.:

- „Anarchoist“, „Hauptheber und Aufsteiger“, „Parteiausschussmitglied“, „Strech-Benehmen“, „Beleidigung des Direktors“, „lehr tätiger Agitator“, „äußert sich gegen den Meister“, „Rädelsführer im Streik“, „Aristokratischer Agitator“, „zu hohe Lohnansprüche“, „wegen Streikpostens“, „Kontraktbruch“, „wegen Raub“, „zu in unsmähliger Folge, Selbst vor der Kennzeichnung einiger mit körperlichen Leiden behafteter Arbeiter sprechen diese Unternehmer nicht zurück.

In einem Verzeichnis von 56 Firmen, die die Maßregelung von Arbeitern betreiben haben, sind die Kennzeichnungen im einzelnen angeführt:

- Die Firma Nr. 1 des Mitgliederverzeichnis meldete A. Dr. Kn. u. F. als Hauptagitatoren.
- Firma 18 meldete Sch. als Hauptheber und Aufsteiger.
- Firma 20 meldete G. wegen persönlicher Differenzen, B. ohne Angabe von Gründen z. R. (zu Reinem).
- Firma 14 meldete K. u. R. Partiausschussmitglieder, W. als Heger, H. Br. und H. als Heger, K. und Sch. als Ausschussmitglieder.
- Firma 1 St. hat in Versammlungen geprügelt.
- Firma 2 W. Aufsteiger, F. u. B. waren solidarisch.
- Firma 2 H. zu hohe Lohnansprüche.
- Firma 8 K., B. und U. soziale Tätigkeit.

Dieses System egzitierte nicht nur in Mannheim-Ludwigshafen, sondern auch Hamburg arbeitete mit solchen Listen. Beamte aus dem Mühlrevier wurden eigens zu dem Zweck, sich in das System einzuordnen, nach Hamburg geschickt. Und heute?

An oberster Stelle steht das Gebot der Unparteilichkeit. Das Recht auf Arbeit für alle und somit das Recht an der vorhandenen Arbeitsgelegenheit. Das heißt, daß bei der Vermittlung weder das Interesse des Arbeitgebers, noch des Arbeitnehmers einseitig bevorzugt werden darf, daß nach der Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen, politischen oder professionellen Vereinigung nicht gefragt werden darf. Eine Ausnahme bilden hier Lebensbetriebe, Betriebe, Konsumvereine, die nach der Art ihrer Betreibungen Arbeitskräfte ihrer Weltanschauung fordern können. Die Vermittlung der Arbeitskräfte ist öffentlich, nicht nach Gunst, sondern nach dem Können, genaueste Prüfung der Leistungen des einzelnen nach dem Grundlag: der richtige Mann an den ihm zukommenden Arbeitsplatz, also eine planmäßige Bearbeitung des Arbeitsmarktes unter vollster Wahrung der von den einzelnen Gewerben getroffenen tariflichen Bestimmungen. Nicht mit Verbürgungen vor dem Schlichter, sondern als gleichberechtigter Faktor auf dem Arbeitsmarkt. Die Gemeinden haben sich höher mit besonderen Mitteln des Arbeitsnachweises angenommen. In Hamburg hat sich ein großer Teil des Arbeitsnachweises in die öffentlichen Hände übergeben. Die öffentlichen Stellen haben besondere Abteilungen. In den großen Gemeinden sind Werkstätten für alte Leute, die den Anforderungen der Industrie nicht mehr genügen, entstanden. Schreibstufen, Nähtischen, Druckereien erledigen viele Arbeiten der Firmen, die gern ihre Aufträge im Interesse der alten Leute geben. Werkstätten der Schuhmacher, Schneider, Klempner, Schlosser und Tapezierer reihen sich an. Eine Holzspielerei findet reichliche Aufträge. Strafentlassene werden besonders betreut. Dem Arbeiter ist das

Umshauen nach Arbeit, jenes herabwürdigende Verhalten abgenommen, und wenn heute noch in den bürgerlichen Zeitungen Arbeitsangebote in recht großer Zahl erscheinen, so einerseits weil die betreffenden Berufsgruppen es noch nicht verstanden haben, tarifliche Bindungen zu schaffen, wo der Arbeitsnachweise verantwortlich ist, zum andern aber greifen vor Annahme in der Regel nur die Unternehmer, die den Nachweise zu schenken haben. Es liegt hier an der Stärke der Arbeiterkraft, ob planmäßige oder wild durcheinander gehende Arbeitsvermittlung Platz greifen soll.

Ganz besonders werden die Jugendlichen betreut. Diese Gruppen, die besonders den Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, werden in Freizeiten gebracht. Hier sind sie geborgen; körperliche Übungen, verbunden mit Unterricht und Wandern, sind geeignet, sie zu festen Menschen zu machen. So mancher Jugendliche wird gern der Zeit gedenken, wo ihn der öffentliche Arbeitsnachweise einmal herausriß aus dem täglichen Elend, wo er einige frische Wochen in schönen Heimen, außerhalb der Großstadt, im Kreise seiner Arbeitsbrüder verbringen durfte. Mittel zur Berufsumschulung stehen bereit für neue Berufe, die so mancher wechseln muß, so weit das im Rahmen einer Gemeinde möglich ist. Beachtung findet weiter das gegenfeitige Ausgehungsverfahren. Den Wanderbüchern von früher, der von Stadt zu Stadt zog, um seine Berufskenntnisse zu erweitern, kennt die Gegenwart nicht mehr. Die Krisenverhältnisse gestalten es dem jungen Mann nicht mehr, planlos irgendwohin zu reisen, denn überall ist das gleiche Bild: ein Kommen und Fragen nach Arbeit, aber auch ein behauerndes Abweisen. Die Verbindung der Nachweise untereinander und ein wohlgeordnetes Meldewesen ermöglicht auch heute dem jungen Mann Stellenwechsel. Einzelstellungen sowie Gesamteinstellungen der einzelnen Nachgruppen innerhalb des Reiches, auf den Arbeitsnachweisen der Gemeinden auslegend, setzen den Arbeitsuchenden in Kenntnis, wo sich ein geeigneter Platz für ihn befindet. Sichere Gewähr, daß Tarifliche Gesetz werden nach § 41 des Arbeitsnachweisesgesetzes. Soweit der Abschluß eines Arbeitsvertrages gegen die im Beruf ortsüblichen Mindestlohnansätze verstoßt, hat der öffentliche Arbeitsnachweise eine Vermittlung abzuwehren, und da die Arbeitgeber nach § 42 des Gesetzes verpflichtet sind, Ausbruch und Beendigung eines Ausstandes oder Aussperrung dem zuständigen Arbeitsamt schriftlich anzugeben, ist der Arbeiter geschützt, daß er eventuell sein Geld zwecks des Verfahrens würde. Wenn nun trotz dieser Maßnahmen große Teile der Arbeiterkraft dem jetzigen Nachweise noch feindselig gegenüber stehen, so deshalb, weil die Auffassung fehlt. Der egoistische des einzelnen, sofort aus einem Arbeitsverhältnis ohne Nachweise in ein anderes zu kommen, ist menschlich verständlich, kann aber im Sinne der Gemeinwohl nicht gelten. Empfehlungen der Arbeiter bei den Unternehmern untereinander, sogenannte Fremdbüchlein, können unter Umständen einen bestehenden Nachweise erschüttern. Das Befehlen der Stellen ohne Nachweise, auch von organisierten Arbeitern, schafft böses Blut unter den Arbeitlosen. Bangt Arbeitslosigkeit und Not in der Familie machen den Arbeitlosen besonders erregt, und nur noch zum Überflusse die Frage, an dem manches hängt: ein Mann als Leiter des Nachweises, der nicht versteht, jene Massen richtig zu behandeln. Starke Nerven, sich hineinsetzen in die einzelnen Menschen mit ihren verschiedenen Wünschen, trotz mancher Auftritte Ruhe bewahrend. Ertüchlich durchgreifend, aber gerecht, konsequent in der Vermittlung zwingen auch den Gegner zur Achtung. Der Dienst am Nachweise muß unbedingt von Menschenkenntnis ausgeht werden, höchsten Benehmen gegenüber den Arbeitlosen ist Pflicht. Der Vermittler darf sich nicht als Beamter fühlen, sondern als Berater, nicht herausfordernd, sondern ausgleichend, denn die Ar-

beitslosen, die vor ihm stehen, sind nicht eine Ware, die man schließlich in Arbeit bringen muß, weil sie Unterstützung beziehen, nein, vor ihm stehen Menschen, die individuell behandelt werden müssen. Auskünfte im Interesse der Arbeitlosen sind ruhig, sachlich und richtig zu geben. Der das erkennen sich am Nachweise umtragende wird somit einen guten Eindruck mit nach Hause nehmen und sein Herz nicht so brüchig empfinden als wenn er merken würde, daß er mit seiner Arbeit und seine Achtung verloren hat und, weil Unterstützungsempfänger, als Mensch anderer Klasse betrachtet wird. Von Zeit zu Zeit einberufenen Versammlungen der Arbeitlosen seitens der Gewerkschaften mit wirtschaftlichen Themen, Auffklärung über Bestimmungen wirken außerordentlich günstig und bringen einander näher. So wird auch die Empörung der Erwerbslosen über die Methoden der Arbeitsnachweise, die häufig Vertrauen zu keinem Arbeitsnachweise finden, wenn er weiß, daß sich seine Berufsorganisation um ihn kümmert. All die genannten Einrichtungen müssen, wo irgend möglich, allgemein über das Reich eingeführt werden. Mehr oder weniger wird der Leistungsprozess große Teile der Arbeiterkraft in eine Dauerwerkstattigkeit bringen und die deutsche Arbeiterkraft hat alle Veranlassung, dieses wichtige frühzeitig zu erkennen. Größte Aufmerksamkeit diesem Problem, soll Erfolgreiches für die Arbeiterkraft geleistet werden. Überall versuchen die Unternehmer, sich der Nachweise zum Kampfe gegen die Arbeiterkraft zu bedienen. Die kommende Verrechtlichung der Arbeitsnachweise ab 1. Oktober 1927 bringt das ganze System in Straffes Jügel. Hoffen wir, daß die Arbeiterkraft weiter rückt, daß sie weiter geschlossen dasteht, dem Unternehmer zum Trotz, selbst aber von dem Willen befeuert, die Arbeiterkraft zu schützen. H., Leipzig.

Probleme des Bergbaues.

Wer Gelegenheit hat, durch das Ruhrgebiet zu reisen und diesen sogenannten „Wetterwinkel“, wie ein Politiker unserer Tage dieses Gebiet nannte, fernzugucken, dann geminnt den Eindruck, daß hier das Herz des wirtschaftlichen Deutschlands schlägt. Überall tritt uns ein zusammengebautes Industriegebilde vor Augen, das an der großen Frage „Wohin oder Werben den Volk?“ wesentlich mitzubestimmen vermag. Die Gemeinden wuchsen im Laufe der Zeit gewaltig, und schwerlich sind die vielen Ortschaften heute auseinanderzulegen. Aber zumellen führen der Weg noch durch moosige Kornfelder. Dann bleibt man nicht selten stehen und denkt an die Doppelergebnisse der Mutter Erde, nämlich Produktion tief unten und auf der Oberfläche.

Dieses große Industriegebiet, in dem etwa der elfte Teil der deutschen Bevölkerung keine Heimat hat, muß sich heute mit besonderen Zukunftfragen beschäftigen. Augenblicklich steht der Ruhrbergbau mitten in einer Reform, außerdem besten geeignet durch die vielen Rationalisierungsbestrebungen. Niemand kommt dem das Stichtungs- und Entwicklungsproblem. Die Industrie ist hier nämlich in einem Wandern begriffen, von Osten und Süden nach Norden und Westen. Zu kooperativer Arbeit und Berechnung haben sich nebeneinander wohnende Gemeinden zusammen. So entsteht allmählich eine große Ruhrplatzgemeinde, in die Schnellbahnfrage wird mehr und mehr einer Lösung entgegenreife.

Aber neben dem Bergbau darf die Schwerindustrie nicht ungenannt bleiben. Sie ist auch dort zu Hause, wo die schwarzen Diamanten gewonnen werden. Alle diese Fragen sollen an dieser Stelle nicht weitergedacht werden.

Junges Herz!

Junges Herz, es will die Welt dich mit ihrer Lust bezwingen, aber trotzdem muß sie dich dir ihre Herrlichkeiten bringen. Berge, Täler, Sonne, Sterne, Wälder hat sie dir zu spenden, Wästen, Winde, tausend Früchte schenkt sie dir mit reichen Händen!

Junges Herz, es will die Not dich in ihre Banden zwingen, und sie will mit rohem Muth dich vorzeitig niederbringen, will dich zwingen zu erbeugen und dir keine Schwingen lähmen, sollst verdichten, dich beschleichen, hat dich zu freuen, sollst du leiden!

Junges Herz, verzage nicht, lerne kämpfen, lerne leiden, lerne siegen und erobern, was sie nicht von selbst will geben. Lieb die Welt mit stürmischen Wollen, lasse Mut und laß das Grollen. Du mit deinen jungen Sinnen kennst die ganze Welt gewonnen!

Natur.

Natur! Wir sind von ihr umgeben und umschlungen — unvermögend, aus ihr herauszutreten, und unvermögend, tiefer in sie hineinzutreten. Umgeben und ungewarnt nimmt sie uns in den Kreislauf ihres Tanges auf und treibt sich mit uns fort, bis wir ermüdet sind und ihrem Arme entsinken.

Sie schafft ewig neue Gestalten; was da ist, war noch nie; was war, kommt nicht wieder: alles ist neu und doch immer das Alte...

Es ist ein ewiges Leben, Werden und Bewegen in ihr, und doch rückt sie nicht weiter. Sie verwandelt sich ewig und ist kein Moment Stillstehen in ihr. Fürs Zielben hat sie keinen Begriff, und ihren Fluß hat sie ans Stillstehen gebängt. Sie ist fest. Ihr Tritt ist gemessen, ihre Ausnahmen selten, ihre Befehle unwandelbar...

Auch das Unnatürliche ist Natur; auch die plumpste Phylister hat etwas von ihrem Genie. Wer sie nicht allenthalben sieht, sieht sie nirgendwo recht...

Ihr Schauspiel ist immer neu, weil sie immer neue Zylinder schafft. Leben ist ihre schönste Erfindung, und der Tod ist ihr Kunstgriff, wie Leben zu haben.

Sie hält den Menschen in Dumpfheit ein und spornet ihn ewig zum Wichte. Sie macht ihn abhängig zur Erde, trägt und schwer und schließt sie immer wieder auf.

Sie gibt Behürnisse, weil sie Bewegung liebt. Wunder, daß sie alle diese Bewegung mit so wenigem erreicht! Jedes Bedürfnis ist Wohlthat; schnell beschridigt, schnell wieder erwachsend. Gibt sie eins mehr, so ist's ein neuer Quell der Lust; aber sie kommt bald ins Gleichgewicht...

Man gehorcht ihren Befehlen, auch wenn man ihnen widerstrebt; man wirkt mit ihr, auch wenn man gegen sie wirken will.

Sie macht alles, was sie gibt, zur Wohlthat; denn sie macht es erst unentbehrlich. Sie läumet, daß man sie verlange; sie eilet, daß man sie nicht laßt; aber...

Sie hat keine Sprache noch Rede; aber sie schafft Zungen und Herzen, durch die sie fühlt und spricht.

Ihre Krone ist die Liebe. Nur durch sie kommt man ihr nahe. Sie macht Kisse zwischen allen Wesen, und alles will sich verschlingen. Sie hat alles isoliert, um alles zusammenzuziehen. Durch ein paar Züge aus dem Becher der Liebe hält sie sich für ein Leben voll Wäde schadlos. G o e t h e.

Der heilige Kampf um das Recht.

Sin und wieder finden wir in Presseorganen auf Grund von Rundfragen Äußerungen hervorragender Persönlichkeiten über diese oder jene Frage. Interessanter, weil sie die Seele des Volkes spiegeln, sind Fragen an die Waise, wie sie der sozialistische Barier Dr. Plechowski aus Reutalim mit 5000 Fragebogen gestellt hat. Es handelt sich um die vorurtelbare Feststellung der religiösen Gebantenwelt des Proletariats, und zwar insbesondere des organisierten Proletariats. Und da haben diese Fragebogen, die vor allem an den Brennpunkten proletarischen Lebens, wie in Berlin, Sachsen, Rheinland und Westfalen, zur Verteilung gelangten, ergeben, daß die ganze Arbeiterkraft die Religion in ihrer heutigen Art ablehnt.

Wenn man im allgemeinen annimmt, daß 80 Prozent der Arbeiterkraft noch der Kirche angehören, so zeigt diese Untersuchung, daß die organisierte Arbeiterkraft in diesen ausgesprochen proletarischen Gebieten jedenfalls nur noch zu 37 Proz. der Kirche angehört. Auch die Antworten der kirchenangehörigen zeigen eine entschiedene Ablehnung des Sozialismus im heutigen Sinne und die Forderung auf eine Reformierung innerhalb der Kirche. Hier organisatorische Zusammenfassungen dieses Verlaufs einer Verbindung von Sozialismus und Christentum.

Rund 90 Proz. aller Antworten aber bringen Ablehnung des Christentums zum Ausdruck, daß sich dem Sozialismus eine neue Religion herauszubilden. „Es gilt, den Sozialismus zu steigern bis zur Religion.“ Die Religion des Sozialismus ist die Massenreligion der Zukunft.“ Diese Äußerungen sind typisch, und Plechowski selber kommt zu dem Ergebnis, daß diese Religion des Sozialismus die Religion der arbeitenden Masse ist, die sich auch schon, wie Plechowski schreibt, literarisch kristallisiert hat und auch bereits zu einem organisatorischen Zusammenfließen führt.

Aber auch in den Antworten des verschwindend geringen Teiles, der eine Verbindung von Religion im alten Sinne und Sozialismus ablehnt, kommt der Sachverhalt das gleiche zum Ausdruck. Abgelehnt wird eigentlich das Wort Religion.

Selbstverständlich atmen all die Antworten — oft auf langen Seiten und in ganzen Diarlen — ein ausgesprochenes ethisches Gebante in all diesen Antworten der Arbeiter aller Kämpfens.

Und wenn es dann in Beantwortung der 23. Frage immer wieder heißt: Ich bin Mitglied dieses oder jenes bergewerkschaftlichen Verbandes, dann zeigt uns das, wie wichtig, was eine Gut der Seele da unter diesem Kampfe um Lohrerhöhung oder Besserung der Arbeitsbedingungen schwebt. Das ist kein starres und totes Gebilde, dieses Volk. Da ist ein stütlicher Gebante, die treibende Kraft und ein großartiges Gerechtigkeitsgefühl. Mag immer Zeit mit ihrer Sorge hier und ihrer oberflächlichen Gemütsucht dort nach so sehr dieses Wahre und Eigentliche zu halten: es ist da. Es ist das tiefste Menschliche, das nicht zu unterdrücken ist und das auch dem gewerkschaftlichen Gebanten den heiligen Charakter eines Kampfes um Recht und Gerechtigkeit und Freiheit und Menschlichkeit gibt.

FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN



Sonne!

Nun glühst du wieder, wundergroßes Feuer,
Und überstömst mit Licht die weite Erde.
Doch bunt und duftend jeder Garten werde
Und goldnes Korn sammle in der Scheuer.

Wohltät'ge Flamme du! In ewig neuer,
In ewig junger Kraft brennst du am Herde
Des Himmels — und mit strahlender Gebärde
Rufst uns zum Leben dein erhabnes Feuer.

Es spiegelt sich in jedes Käfers Brust;
Die ärmsten Halme leuchten auf zu Kerzen —
Hast du nur unser Auge nicht erhell't?

Schneift doch der ganzen Menschheit deine Luft
Und schreibst mit goldner Schrift in alle Herzen:
Ich liebe dich und dich — die ganze Welt!

Leben — Wohnen — Erziehen.

Wir leben in einer großen menschlichen Gemeinschaft, in der so ziemlich alles durch komplizierte Gesetze geregelt ist, was den Menschen von der Geburt bis zu seinem Tode angeht. Der Staat registriert die Geburt wie den Tod in seinen Büchern, er verlangt die wiederholte Impfung der Kinder und hat den Schulzwang eingeführt. Mit der Schulentlassung jedoch erlischt sein Interesse schon merklich am Individuum. Wer nicht das Glück hat, als Kind wohlhabender, reicher Eltern geboren zu sein, muß, um sein Leben zu fristen, sich in irgendein Dienst- oder Arbeitsverhältnis begeben. Die Funktionen, die im Gesamtwirtschaftsleben der menschlichen Gemeinschaft ausgeübt werden müssen, sind nun mit der fortschreitenden Kultur immer zahlreicher und mannigfaltiger geworden. Viele davon machen eine längere Ausbildung erforderlich — Lern- und Arbeitsjahre. Die besten und einträglichsten Posten sichern sich immer die besitzenden Klassen, die ihren Angehörigen auch die höhere Ausbildung verschaffen können. Um sich

dies zu sichern, sind die Gesetze sorgfältig zurechtgemacht worden, so daß die Angehörigen der unteren Klassen gezwungen sind, die schlechtest bezahlten und niedrigsten Arbeiten zu verrichten. Nur selten gelingt es besonders Begabten und rücksichtslos Vorgehenden, aus den unteren Klassen in die höheren einzudringen. Der Vorzug, als Kind reicher Eltern geboren zu werden, ist ein Freiheitsbrief für jeden, und wenn er auch ein Dummkopf und Faulpelz wäre. Dieser Vorzug hat vielerlei andere im Gefolge, vor allem auch die bessere Ernährung, Kleidung und Wohnung, die die besten Klassen genießen.

Die Wohnungsnot der unteren Klassen ist eines der trübsten Kapitel in der menschlichen Kulturgeschichte. Die oberen Klassen sind zwar ständig bemüht, die technischen und hygienischen Neuerungen für sich nutzbar zu machen, doch um die unteren Volksklassen kümmern sie sich nur dann, wenn Profitinteressen in Betracht kommen. Das tritt so recht in Erscheinung auf dem Baumarkt. Erst nachdem die Wohnungsmieten in die Höhe getrieben sind und für Neubauwohnungen ganz exorbitant hohe Mietpreise genommen werden dürfen, werden Wohnungen gebaut. Aber auch diese Wohnungen sind für Arbeiter mit geringerem Einkommen unerreichlich.

So ist denn nach wie vor die Frage ungelöst: Wie schafft man für die Arbeiter und ihre Familien zweckmäßige, gesunde Wohnungen? In den letzten Jahren haben viele zur Selbsthilfe gegriffen und haben sich Wohnbauten errichtet, um überhaupt ein Unterkommen, ein Dach über dem Kopfe zu haben. Ist das aber ein Zustand, würdig der allgemeinen Lage unserer modernen Kultur? Wer die Zustände in solchen Wohnbauten kennt, wird dies verneinen müssen. Und selbst die Wohnungen in den neuzeitlichen Siedlungsbauten mit ihren winzigen Fenstern und ihrer geringen Zimmerhöhe sind kein Ideal.

Wiesach ist auch viel Bemühen gemacht worden von den sogenannten Wohlthätern. Seit Jahren wird von verständigen Leuten das Wohnen in den Städten befürwortet. Besonders wo Kinder sind, kann die Wohlthätigkeit viel Unheil bringen. Man denke nur an Töpie mit tosendem Waller, die, herabgerissen, schon sehr oft schwere Verletzungen veranlassen haben.

Es ist eine Aufgabe unserer Frauen und Mädchen, sich rechtzeitig mit allen Fragen des Lebens — und auch des Wohnens — vertraut zu machen. Als Frauen und Mütter haben sie große, verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen, die sie nur erfüllen können, wenn sie die gesamten Umstände richtig kennen.

Als Hüterin und Erzieherin der Kinder — unseres Nachwuchses — haben Frauen und Mädchen überhaupt eine Aufgabe zu erfüllen, die nicht ernst genug genommen werden kann. Wird doch schon von verständigen Frauen in der Seele der Kinder im zarten Lebensalter das Fundament gelegt für die spätere Lebens- und Weltanschauung unserer Nachkommen. Wer den Sozialismus will, muß schon beim Kinde anfangen, damit wird am sichersten zu seiner Verwirklichung beigetragen.

Bis zu einem gewissen Alter lernt das Kind immer Neues. Neue Spiele, neue Sports, neue Fertigkeiten. Dieser Spiel- und Sporttrieb, dieser ungelöste Trieb, immer Neues zu erlernen und zu betreiben, sollte noch erhalten werden! Das Erlernen neuer Dinge ist ein Quell der Belebung und Erholung. Und je mannigfaltiger die Abwechslung, desto reicher die Möglichkeit der Erholung. Wer aufhört, Neues zu erlernen, beginnt physisch abzustumpfen.

Und das Letzte und Beste des Daseins ist ja das unendliche Lernen, die Freude am Neuen.

Eine ungeheure Aufgabe ist den Lehrern und Schriftstellern, den Eltern und Rednern, ist allen gestellt, die der öffentlichen Meinung den Weg weisen, die sie formen und beeinflussen: die Aufgabe, in den Herzen der Menschen einen neuen Geist zu erwecken und in ihrer Menschenseele einen neuen Traum erwecken zu lassen; den Traum einer alle Menschen umfassenden Gemeinschaft, den Traum von einer für immer von der Gefahr des Krieges und den Kämpfen zwischen den Völkern befreiten Welt.

H. G. Wells
(Washington and the Hope of Peace. London 1922.)

Beschränkung auf etwas Spezialies ist schon innerhalb des Rahmens notwendig. Deswegen sei im folgenden nur einige ganz besondere Zukunftsfragen hingewiesen, die von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind. Neuerliche Bestrebungen im Ruhrbergbau gehen dahin, sämtliche Erzeugnisse der Wirtschaft bestmöglich nutzbar zu machen. Das bedeutet völlig restlose Verwendung aller Kohlenarten, der Kohlenenergie, die Kohle zu verketten, und die im Herbst 1926 gegründete Gesellschaft für Kohlenverwertung mit dem Sitz in Essen übernahm diese Aufgaben. — Kohlenenergie in konzentrierter Form ohne energielosen Verlust zu produzieren und mittels billigen Transports auf den Wirtschaftsmarkt zu setzen, ist das Grundprinzip einer rationalen Kohlenverwertung. Auf drei Arten ist eine Umwandlung der Kohle möglich: das Verflüssigungsverfahren, Gewinnung von hochwertigem Gas bei der Verkohlung und durch eine letzte Form die Erzeugung elektrischer Energie.

Was die Verflüssigung der Kohle anbelangt, so wird es noch lange dauern, bis das Verfahren praktische Auswertung findet. Immer noch wird an der Idee gearbeitet, und eshe sich die Kohlenwirtschaft auf dieses Verfahren einstellen kann, können sich wieder andere Verfahren der Kohlenverwertung gefunden werden. Wie dem auch sei, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verflüssigung der Kohle einmal den Bergbau auf eine vollkommen neue Grundlage stellen wird.

Das Problem der Ferngasversorgung erscheint etwas ungelöster und durchsichtiger. Einer rationalen Gaswirtschaft eröffnen sich noch große Zukunftsmöglichkeiten. Worin besteht dieses System? Das in eigenen Betrieben verarbeitete Uebermaßgas sollen die Zentren abgeben. Durch Abgabe aller schlecht abfahrbaren Kohlenmengen soll die Gasproduktion größte Steigerung erfahren. Der Preis des Ferngases würde um so billiger werden, je größer die Abgabemenge ist. Schon zeigen Berechnungen, daß Ferngas bis zu 500 Kilometer Entfernung noch billiger geliefert werden kann, als Gaswerte dazu inslande sind.

Es ist daher zu verstehen, wenn die Kommunen dieser Entwicklung Widerstand entgegenstellen, denn die Erzeugung eigener Gaswerte ist drohend. Freilich sind bis zur Durchsicherung der Ferngasversorgung noch viele Schwierigkeiten zu überwinden und die Gasanlagen werden ihren Betrieb noch lange nicht einzustellen brauchen. Erlangt die Ferngasversorgung einmal praktische Auswertung, dann liegt schließlich immer noch den Gemeinden die Verwaltungs- und Vertriebsorganisation ob. Die Gemeinden werden darauf bedacht sein müssen, sich nicht das Wort zu lassen in dieser Frage von einer Privatgesellschaft aus der Hand werden zu lassen. Ein atlines Handeln und Vorgehen in dieses Problem seitens der Gemeinden wäre absolut möglich und wünschenswert. Dem Privatmonopol ist in unserer Zeit nur durch „tatsächliche Sozialisierung“ zu begegnen. Die Ferngasversorgung an sich ist prinzipiell nicht zu betämpfen. Sie ist ein Glied in der Kette des Fortschritts und vom Standpunkt der Rationalisierung nur zu begrüßen.

Wesentlich steht es mit dem Problem der Fernversorgung mit elektrischer Energie. Aber auch hier sind noch viele Vorarbeiten zu erledigen. Endlich ist noch die Fernfrage zu erwähnen, über die man sich momentan ebenfalls die Köpfe zerbricht. Wir können zusammenfassend konstatieren, daß die mannigfaltigsten Anstrengungen und Versuche unternommen werden, dem Ruhrbergbau eine neue Zukunft zu sichern. Ob alle kühnen Pläne Verwirklichung finden, wird erst die Zeit lehren. Jedenfalls haben alle aufgeworfenen Fragen große volkswirtschaftliche Bedeutung, und Staat und Gesellschaft eröffnen sich neue Arbeitsgebiete. Vor neue Aufgaben werden auch die Gewerkschaften gestellt. Dies alles anzudeuten soll der Zweck der Zeilen sein, um die Aufmerksamkeit darauf hinzuweisen.

Der „eiserne Gefelle“.

Die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges ist auch ansehend für unseren Beruf vorbei. Langsam gehen wir einer Gelung unserer Industrien entgegen. Einzelne Betriebe sind bereits wieder in der Lage, neue Arbeitskräfte aufzunehmen. So auch bei uns:

Eines Tages sprach der Arbeitgeber davon, einen neuen Gefellen einzustellen. Auf der Franfurter Messe hatte er ihn entdeckt und die reinsten Wunderdinge wurden von der Leistungsfähigkeit dieses neuen Gefellen erzählt. So kam es, daß der „neue Gefelle“ bald nur noch den Gesprächsstoff für den Betrieb bildete. Die Alten schüttelten dabei bedenklich die Köpfe. Sie mochten wohl daran denken, daß sie durch ihn die eben erst wiedererlangte Arbeitsstelle vielleicht verlieren würden. Und so haben sie seinem Kommen mit etwas gemischten Gefühlen entgegen. Aber es waren auch andere Kollegen da, die den Erzählungen keinen Glauben schenkten, weil sie die neue Zeit mit ihren Fortschritten noch nicht begriffen hatten. Wieder andere warteten voll Spannung auf die Dinge, die da kommen sollten. Und eines Tages, nachdem man einen Arbeitsplatz für den neuen Gefellen freigemacht hatte, erschien dieser selbst auf dem Plan. Ein mächtiger Koloss, über sechs Zentner schwer, aus eiserner Konstruktion. Also eine Maschine. Doch unterscheidet sie sich in diesem von einer anderen Maschine. Denn diese Maschine wird nicht einfach erworben.

Eine englisch-amerikanische Gesellschaft hat bereits eine große Anzahl dieser Maschinen an Unternehmern vermieter. Man schließt eine Art Arbeitsvertrag für die Maschine ab. Der Unternehmer muß sich verpflichten, die Maschine zehn Jahre lang gegen eine monatliche Miete von 16 RM zu bezahlen. Außerdem hat er für je 28 Stiche, die die Maschine macht, 1 Pf zu zahlen. Hier kann man also mit Recht von einem „eisernen Gefellen“ reden. Inwieweit wird diese Maschine eine Anzahl von Arbeitskräften ersparen. Zu ihrer Bedienung genügt eine Hilfskraft, die von Monteuren der Gesellschaft unentgeltlich ausgebildet wird. Für unsere Kollegen gilt es klar, daß wir gegen die technische Entwicklung nichts unternehmen können. Doch

ergibt sich aus dieser Tatsache die Folgerung, die technischen Errungenschaften sich dienlich zu machen. Wollen wir dieses Ziel erreichen, so müssen wir uns lester zusammen-schließen. Nur so ist es möglich, die immer notwendiger werdende Vertiefung der Arbeitszeit, auch über den Rahmen dessen hinaus, was uns durch das Arbeitszeitgesetz vom April dieses Jahres gegeben wurde, herbeizuführen. Vorbedingung ist, daß sich unsere Kollegen auf den Boden des Achtstundentages stellen und jede Ueber-tretung verweigern. Denn nur dadurch, daß der Achtstundentag Allgemeingut wird, ist es möglich, weitere Arbeitszeitverkürzungen, wie sie im Interesse unseres Arbeits-mannes notwendig sind, herbeizuführen. Was würde eine Forderung nach weiterer Vertiefung der Arbeitszeit nützen, wenn ein Teil unserer Kollegen noch nicht einmal den Achtstundentag einhielt. Darum haltet fest am Achtstundentag, vermeidet Heberstunden, nicht nur zum Wohle derer, die arbeiten, sondern vor allem im Interesse derer, die durch die Technisierung drohen. Doch

Willi Lengen.

Aussterben gelernter Berufe.

Rationalisierung, Typisierung, Normierung, weitestgehende Maschinen- und Teilarbeit ist in unserer Zeit die Lösung der Unternehmern. Der gelernte Arbeiter wird immer mehr verdrängt durch den ungelernen Arbeiter, der, oft in sehr kurzer Zeit angelehrt und eingearbeitet, den gelernten Arbeiter völlig ersetzt. Es gibt nur wenige Berufe, in welche der ungelernete Arbeiter nicht bereits Eingang heilt. In der Betriebsrätigkeit für Metallarbeiter schildert H. Dietrich (Zeits) auch diesen Vorgang in der Kinderwagenindustrie. An Stelle der aus Holz- oder Weidenruten kunstvoll geflochtenen Körbe für Kinderwagen ist heute Holz und Pappe getreten. An Stelle des Korbes trat der Kasten, dessen Seitenwände aus Holz, die Stirnwände aus Pappe hergestellt werden. In der Zeit, die gebraucht wurde, einen Korb zu flechten, werden heute mit maschineller Hilfe 30 solcher Kästen für Kinderwagen hergestellt. Tischler oder Angelehnte stellen jetzt das 30fache dessen her, was früher ein Korbmacher in derselben Zeit machte. In der Kinderwagenindustrie scheint indessen Normung und Typ noch nicht beliebt zu sein, da spielen Mode und Willkür noch eine besondere Rolle, so daß Kinderwagen in 28 verschiedenen Farbenöden angefertigt werden. Besteres wird nun allerdings als Verschwendung bezeichnet, was zweifellos auch an sich richtig ist, denn je größer die Auswahl, um so schwerer ist für den Käufer auch die Wahl. Auch wird bei 30 verschiedenen Ausführungen Wastal von Material und Rückstände unverkäuflicher Ware größer sein als bei einer kleineren Auswahl. Alles das muß die Preise verteuern, so daß bei einer Normung und Verminderung der Typen die Verbilligung der Preise eintreten könnte.

Besonders hart sind die gelernten Korbmacher von dieser Umstellung betroffen, denn auch die Korbmöbel-fabrikation ist nicht mehr so im Schwung wie in der Inflationszeit.

So sehen die Rorkmacher bang in die Zukunft, denn es hält für die alten Arbeiter schwer, einen anderen Beruf zu ergreifen. In anderen Abteilungen will man sie auch nicht unterbringen, und so protestieren die Betriebsräte vielfach vergeblich gegen verfehlte Entlassungen. Es handelt sich dabei um Leute, die oft 20, 30 Jahre und länger im Betriebe tätig waren und ihn mit hochbrachten.

Bekanntlich hat die Rinderwagenfabrikation ihren Sitz vornehmlich in Brandenburg, Rostenburg und Zeitz. Die Entlassenen haben somit keine Möglichkeit, abzuwandern, denn nirgends finden sie eine neue Existenz.

Ähnlich liegen ja die Dinge auch in der Lederwarenindustrie, wenn auch nicht in dieser schlimmsten Form wie bei den Rorkmachern. Es sind aber hier wie dort überzählige Arbeitskräfte, die man dem Feind überantwortet.

Die Bedeutung der Arbeiterbüchereien.

Arbeiterbüchereien als Mittel zur Erweiterung und Vertiefung der Arbeiterbildung nehmen in den Arbeiterbildungsbewegungen einer Reihe von Ländern wie Deutschland, Oesterreich, Belgien, der deutschsprachigen Tschechoslowakei und der Schweiz, denen noch Finnland und Palästina hinzugefügt werden können, einen besonderen Raum ein. Hinsichtlich Deutschlands liegen die Resultate einer Umfrage vor, die Gustav Hennig im September 1928 an hundert Arbeiterbüchereien richtete, von denen jedoch nur 52 auf die gestellten Fragen antworteten. Für Berlin waren, obwohl verschiedene Gewerkschaften, wie die der Transportarbeiter, Metallarbeiter, Buchdrucker, Sattler und Tapezierer usw. eigene Büchereien besitzen, keine Statistiken über den Stand der Bibliotheken und ihre Resultate zu erlangen. Aus den Antworten geht hervor, daß es einen Bibliotheksbetrieb mit hauptsächlich Bibliothekaren nur in vier Großstädten, und zwar in Bremen, Breslau, Magdeburg und München gibt. Eine immer wiederkehrende Klage in den Antworten ist die über den Mangel an Geldmitteln, der auch entsprechenden Anschaffungen im Wege ist. Sechs Städte, darunter Bonn und Dresden, mußten ihre Arbeiterbüchereien aufgeben. Obwohl nur wenige Arbeiterbüchereien über die in Frage kommende Zeit (1919—1925) Statistiken führten, konnte doch festgestellt werden, daß das Maximum der Entleihungen auf das Inflationshochjahr 1923 fällt. Seltener ist ein in manchen Fällen rascher Rückgang zu verzeichnen, der auf die Sportvorliebe der Jugendlichen, aber auch auf die verhängnisvollen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zurückgeführt wird. Im Jahre 1923 betragen die Entleihungen fast 500 000, im Jahre 1924 nicht viel über 450 000. Die Gesamtzahl der Bücherentleihungen in den 52 Bibliotheken stieg in den fünf Jahren von 176 000 auf 222 000.

Zur Befestigung der mäßigen Verhältnisse schlägt Hennig die Einführung eines „Lektorenbesoldung“ und die Schaffung einer Redaktionsstelle vor, wobei letztere von ersten Sachleuten besetzt werden und weitgehende Befugnisse hinsichtlich des ganzen Bibliotheksbetriebs erhalten müßte.

Schließlich empfiehlt Hennig noch die Einführung von Kurzen und ähnlichen Institutionen zur Heranbildung von tüchtigen Arbeiterbibliothekaren.

Wesentlich nicht einbezogen in diese Untersuchung ist wohl das „Allgemeine Arbeiterbildungsinstitut“ in Leipzig, das vor etwa einem Jahre über eine Bibliothek von etwa 60 000 Bänden verfügte.

In Oesterreich wird dem Bibliothekswesen namentlich in der „Bildungsarbeit“, dem Organ für sozialistische Arbeiterbildung, größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Arbeiterbüchereien der Stadt Wien, dem Zentrum der Arbeiterbildung, hatten im vergangenen Jahre 750 000 Bücherentleihungen zu verzeichnen und man hofft, dieses Jahr eine Million zu erreichen. Auch in der Provinz machen die Arbeiterbüchereien gute Fortschritte, wenn auch leider nur selten Statistiken zur Verfügung stehen. In manchen Fällen werden, wie in Graz, die Arbeiterbüchereien von der Arbeiterkammer erhalten. Für Arbeiterbibliothekare sind spezielle Kurse eingeführt, wie dies auch in Belgien der Fall ist, wo von geprüften Bibliothekaren geleitete Arbeiterbibliotheken für öffentliche Zwecke in Anrechnung kommen. (Auch in Deutschland können derartige Subventionen beansprucht werden, unter der Voraussetzung, daß die Büchereien allgemein zugänglich sind.)

Die schweizerische Arbeiterbildungszentrale veranlaßt und unterstützt gleichfalls Arbeiterbüchereien. In ihrem Vorgesetztem — Organ wird diese Seite der Arbeiterbildung besonders berücksichtigt.

In Schweden ist das Bibliothekswesen mit der allgemeinen Arbeiterbildungsbewegung organisch noch enger verknüpft als anderswärts. In früheren Jahren konzentrierte sich die Bildungsarbeit vorwiegend auf die Studienkreise, und die Bücheranschaffungen hatten hauptsächlich Studienzwecken der Schüler zu dienen. Im Jahre 1925 gab es 800 Büchereien mit rund 200 000 Bänden. Die Bücherentleihungen beglückten sich im Jahre 1925 auf etwa 600 000. Die Bücherversorgung gehört heute zu den wichtigsten Obliegenheiten der Zentrale.

In Finnland und Palästina wird eine Anzahl von Büchern nach entlegenen Ortschaften geschickt. In Palästina werden überdies in den neuen Siedlungen der jüdischen Arbeiter Bücherläden eröffnet.

In Großbritannien wird auf diesem Gebiete noch keine systematische Arbeit getrieben. Es gibt nur vereinzelte Arbeiterbuchhandlungen, und manche Körperschaften der Arbeiterbewegung besitzen eigene Bibliotheken, doch besteht keine zentrale Bibliothekstelle für das Land.

Was die sozialistischen Buchhandlungen betrifft, so sind diese bekanntlich in solchen Ländern stark vertreten, wo es eine mächtige sozialdemokratische Partei gibt. Deutschland zählt über 120 solcher Buchhandlungen, die mit ähnlichen Einrichtungen in Oesterreich und der Tschechoslowakei in Verbindung stehen. J. G. B.

Insolvente Lieferanten der Heeresverwaltung.

Man hatte bei der Umstellung nach Krieg und Revolution bekanntlich auf allen Gebieten eine „gründliche Säuberung“ beabsichtigt. Die deutsche Armee war — wie sich im Kriege herausgestellt hat — gerade bezüglich der Rüstungsbereitung und der sonstigen Lebensausstattung in vorzüglichster Weise versorgt. Kaum ein anderer Soldat konnte sich auf seine Lebensausstattung verlassen, wie der deutsche. Bei der Neuaufrüstung des Reichsheeres, das uns die Güte nach dem Krieg gnädigst zugeteilt hat, scheint sich die verantwortliche Stelle dieser Tatsache in keiner Weise bemüht zu sein; denn auch bezüglich der Lieferanten der Heeresverwaltung ging man an eine gründliche „Reform“. Wie sich diese Reform ausgemirkt hat, dafür liegen jetzt recht bedenkliche Beweise vor.

Der „Fall Schröter, München“, hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Der Zinsstoff, der sich in den Lieferantenkreisen der Heeresverwaltung angesammelt hat, kommt jetzt mit Wucht zur Explosion. Eine Firma in München, deren Inhaber bzw. jetziger alleiniger Anteilhaber mit der Lebensversicherung und Verarbeitung in seinem Leben bis dahin nicht das Geringste zu tun hatte, ein Ingenieur aus Augsburg, der durch seine Verheiratung Mitinhaber einer Stoffmüllerei wurde, aber sonst ein sehr gewandter und großzügiger Geschäftsmann ist, verstand es, die Heeresbeschaffungstelle auf die Vorzüge seiner Lieferungen derartig überzeugend hinzuwirken, daß er alle anderen älteren Lieferanten bei der Vergabe der Aufträge (Schulz und mit Dersers nach Hause ging, die seiner G. m. b. H. mit 25 000 Mk. Stammkapital mit ihren vielen Hunderttausend Mark betragenden Summen reichlich Arbeit schaffte, ja daß diese mit 25 000 Mk. ausgestattete G. m. b. H. Jahresumläufe bis 700 000 Mk. machte. Der Ingenieur schlug die schlimmste Konkurrenz durch herabgesetzte Untergebote, daß auch die auftraggebenden Stellen hätten stutzen werden müssen. Sie wurden es aber nicht, triumphierten über die billigen Preise, die ihnen ein Lieferant gewährt hatte und erteilten Aufträge an diesen genialen Lieferanten. Er hat geliefert, aber vergelien, seine Lieferanten zu bezahlen, und man muß wirklich wünschen im Interesse des deutschen Staates, daß seine Lieferungen besser ausfallen sind, als seine Zuverlässigkeit gegenüber den Lieferanten, sonst könnte auch die deutsche Heeresverwaltung mit den Lieferanten dieses genialen Heeresverforgers ihr blaues Wunder erleben.

Die Gläubiger werden sich aber nicht bei der betrübenden Tatsache beruhigen können, daß die Heeresverwaltung Waren zu Preisen von einem Lieferanten erkaufte, die nach übereinkommenden und vielerseits sachmännlichen Urteilen in normaler Weise gar nicht eingehalten werden konnten. Der Staat wird sich nicht an Lieferanten berechnen wollen, für die ihr Lieferer das Material schuldig geblieben ist. Und es wird vermutlich zu Regreßansprüchen an den Staat führen, falls nicht in irgendeiner anderen Weise vorgegriffen und eine Einigung mit den Gläubigern versucht wird. Inwiefern die Staatsanwaltschaft sich mit dem Fall zu beschäftigen hat, ruht ebenfalls noch im Schoße der allerhöchsten Zukunft.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, bei Submissionen oder der sonstigen Vergabe von Aufträgen den Preis so zu drücken, daß nicht nur die Unternehmer Verluste erleiden, sondern auch noch die Lieferanten in der schändlichsten Weise geschädigt werden. Und es gehört glücklicherweise bei andern Behörden nicht zu den Gewohnheiten, den „billigsten Lieferanten“ mit der Ausführung zu beauftragen. Naturgemäß ist der billigste immer auch der schlechteste oder aber, das Mißverhältnis macht sich auch auf andere Weise Luft. Andere Behörden pflegen dann auch nach Prüfung der Preise auf die Möglichkeit ihrer Einhaltung bei voranschreitender Lieferung die Aufträge an solche Firmen zu geben, die nach Ruf und Reputationsfähigkeit die Gewähr für torrette Lieferung geben. Daß dies hier nicht geschehen ist, daß vielmehr die auftraggebenden Stellen genügt haben müssen oder sich im Handumdrehen die Gewißheit dafür verschaffen konnten, daß die Einhaltung einer torreten Lieferung zu den submittierten Preisen und ein torretes Verhalten gegenüber den Lieferanten nicht möglich ist, so wird man es wohl verstehen können, wenn die Lieferanten diesen Fall bis auf jede Einzelheit aufklären und mit Regreßansprüchen hervortreten.

Es wird behauptet, daß der Firma manches bei den Lieferungen abgenommen worden sei, was einer alten Lieferfirma zurückgewiesen worden wäre und was alte Firmen überhaupt nicht vorgelegt hätten. Es ist notwendig, daß auch hier nachträglich eine eingehende Prüfung veranlaßt und wenn dies nicht möglich, erzwungen wird. An die Annahme des Vergleichs zu 20 Proz. ist nicht zu denken. Es wird vermutlich zum Konkurs kommen und bei der Durchführung desselben wird die Gläubigerschaft darauf dringen, daß alle die Umstände dieses interessanten Falles bis in das letzte Detail eingehend geprüft werden. Die alte Heereslieferantenhaftung ist erzwungen, ihre von der früheren Tätigkeit vorhandenen Maschinen leer stehen zu lassen, damit solche Lieferanten mit solchen Mitteln sich auf Kosten ihrer Lieferanten Betriebe aufbauen und letzten Endes die Wirtschaft schädigen. Denn es klingt geradezu unglaublich, wie es einem Ingenieur und Mitinhaber eines Stoffmüllereis, als ein Nichtschaffmann, von einer Heeresstelle so enorme Aufträge auf Heereslieferungsart übertragen werden konnten, bei deren Anfertigung der Fachmann seine vollen Sachkenntnisse und Erfahrungen aufwenden muß, um die Qualität herauszubringen, die verlangt wird, und auch verlangt werden muß. Damit sich aber derartige überläufige Beschaffungsgeschäften in Zukunft nicht wieder bezüglich ihrer Lieferanten vergrößern, wäre es möglich, daß auch bezüglich aller Lieferanten an die betreffende Stelle der Heeresverwaltung eine Nachprüfung erfolgt, um alle Momente aufzuklären, die bei der Auftragserteilung an einen Nichtschaffmann zu unzulässigen

Katastrophenpreisen mitgewirkt haben. Es muß behauptet werden, daß bei der betreffenden Stelle der Heeresverwaltung andere Grundzüge für die Vergabe der Aufträge Platz greifen, als dies bisher der Fall gewesen ist, dann nicht wieder die Lieferanten durch Staatslieferungen um ihr Geld gebracht werden. Es handelt sich hier um eine öffentliche Angelegenheit, die reiflich angeklärt werden muß. Die Gläubiger sollten sich auch nicht auf einen Vergleich einlassen. Ein solcher würde die G. m. b. H. nur in die Lage versetzen, in dem neu eingerichteten Rahmen die rühmreiche Tätigkeit fortzusetzen.

Zu diesem unscheinend recht reichen Kapitel der Heereslieferungen schreibt ein weiterer Freund unseres Blattes:

„Ich lese heute Ihren Artikel über die Fa. Schröter, München, München, und möchte Ihnen mitteilen, daß man auch in anderen Kreisen in gerahmte Leihbücherei Weise Aufträge an Firmen gegeben hat, die man als Kräfte und Inflationsblößen auch heute noch ansehen muß.“

Im Jahre 1925 wurden von der in Frage kommenden Beschaffungstelle 80 000 Kordbälgen bestellt, die der sächsischen Büchereindustrie zugeteilt wurden. — Ich steiere seinerzeit die Handleder und war nicht wenig erstaunt, als mir von den maßgebenden Fabriken nur kleine Posten bestellt wurden, von einem Mann aber, selbst im Dorfe bis dahin unbekannt, über 50 Proz. des ganzen Auftrages in Aosta gegeben wurden. — Da es sich um einen Heeresauftrag handelte, hatte ich keine Veranlassung, die Zahlungsunfähigkeit des betr. Herrn zu befragen, was aber nicht wenig erstaunt, als am Ende der Lieferungen für mich ein Minus von einigen Tausend Mark herauskam. Seltensfalls haben damals auch andere Firmen bei diesem Herrn Geld verloren, der als Heereslieferant ohne weiteres den Offenbarungsbuch leitete. Recht sonderbar von den betreffenden Beschaffungsgestellten ist es, bei den Aufstellungen dieser Aufträge auf mehrere hunderttausend Mark zu geben, die vollkommen unbekannt sind, während man Firmen, die fast jeder Lieferanten des Staates waren, fast leer ausgehen läßt.

Mit derartigen Methoden kann man allerdings nicht zur Gesundung der Wirtschaft beitragen.“

Eingekandt aus Braunschweig.

In jeder Nummer unserer Zeitung werden die Mitglieder aufmerksam gemacht, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen, das ist gut so und erinnern hilft auch beim Kranten. Aber es muß auch mal an dieser Stelle gesagt werden, daß es die Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, auch die Verbandssammlungen pünktlich zu besuchen. Hier ist eine Interessenssache eingegriffen, die aller Beschreibung spottet. Es wird aber viel geschimpft, der Verband sollte nicht; die Führer bringen nichts vorwärts. Es werden auch oft radikale Reden geschwungen; die Führer sind da, aber — die Mitglieder fehlen in den Versammlungen. In Braunschweig und Spandau sind die Mitglieder, die die Versammlungen besuchen, so sind alle da. Darum, Kollegen, legt eure Laibheit beiseite, kommt in unsere Versammlung am 5. August in Stadt Helmstedt. Unsere Wirtschaftslage und die immer noch steigende Teuerung sollten doch jedem, der nicht ganz bankrott herumlirrt, Veranlassung genug sein, um sich aufzuraffen und seinen Mann zu stellen; dann wird auch hier wie überall, wo die Kollegen Interesse haben am Verband, vorwärts gehn. Also auf in die Versammlung!

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsvereinigungen.)

Vom 25. bis 31. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kompensation des Verbandes.

Achtung! Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juli 1927.

Wir erlangen alle Ortsvereinigungen, die Meldungen über den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Juli d. 3. bis spätestens zum 5. August einzusenden. Stichtag ist Sonnabend, der 30. Juli.

Berlin. Der Kollege Robert Brenzel, Sattler, ist 30 Jahre und der Kollege Adolf Lange, Sattler, 35 Jahre ihres Mitglied des Verbandes.

Insterwalde. Am 23. Juni feierte unser Kollege Tapezierer Richard Grüneisen, sein 25jähriges Gedenktage.

Kiel. Sämtliche erwerbslosen Kollegen müssen jeden Donnerstag von 1/6 bis 7 Uhr beim Kaffeeklatsch erscheinen. Die Arbeit bekommen haben, dies sofort melden. Zur Erhebung der Statistik ist genaue Kontrolle der Erwerbslosen notwendig.

Der Vorstand

Adolf Demin †.

Im Alter von fast 52 Jahren entriß uns der Tod einen der treuesten Kollegen und Funktionäre. Dem war 30 Jahre Verbandsmitglied und 10 Jahre Kollege in Rostock. Wir werden sein Andenken in Ehren die Ortsverwaltung. Der Hauptvorstand.

Sterbefaßel.

Berlin. Am 19. Juli verstarb unser langjähriges treues Mitglied Paul Weß, Tapezierer, im Alter von 45 Jahren.

Stuttgart. Am 8. Juli starb im Alter von 67 Jahren nach 24jähriger Mitgliedschaft der Kollege Ernst Gabel.

Ehret ihrem Andenken!

*) Wir empfehlen diesen Artikel mit Glückwunsch der Redaktion der Arbeiter-Zeitung Nr. 108.